

I1 Völkerrechtswidrige Militäroffensive der Türkei verurteilen, umgehend Konsequenzen ziehen

Antragsteller*in: Claudia Roth MdB (KV Augsburg-Stadt),
Gülseren Demirel MdL (KV München-Stadt)
Tagesordnungspunkt: 8 Anträge

Antragstext

1 Am 9. Oktober 2019 marschierten türkische Streitkräfte im Nordwesten Syriens
2 ein. Die türkische Invasion ist eine Verletzung des Völkerrechts und eine
3 unverantwortliche militärische Gewalteskalation. Bereits jetzt hat der Einmarsch
4 die humanitäre Katastrophe im Land dramatisch ausgeweitet. Über 300.000 Menschen
5 sind auf der Flucht, nach Schätzungen der Syrischen Beobachtungsstelle für
6 Menschenrechte.

7 Der Einmarsch in Nordsyrien ist ein gezielter Angriff auf die kurdische
8 Bevölkerung, eine bewusste Eskalation des Konflikts mit den Kurdinnen und Kurden
9 im eigenen Land. Bewusst begräbt Präsident Erdoğan die letzte Hoffnung, den
10 kurdischen Friedensprozess in der Türkei auf absehbare Zeit wiederzubeleben.

11 Die Ankündigung, mittelfristig Millionen syrischer Geflüchteter in das
12 mehrheitlich kurdische Nordsyrien umzusiedeln, ist der aggressive Versuch, die
13 dortige Bevölkerungsstruktur nach zynisch-nationalistischem Kalkül
14 umzuschichten. Die Folge wäre eine weitere humanitäre Tragödie und gefährliche
15 neue Konflikte, von denen die gesamte Bevölkerung, insbesondere aber die
16 Kurdinnen und Kurden sowie die ethnischen und religiösen Minderheiten in der
17 Region betroffen wären.

18 Mit seinem Truppenabzug hat US-Präsident Donald Trump den kurdischen Kräften
19 abrupt die Unterstützung im Kampf gegen den IS entzogen. Eine ausreichende
20 Überwachung der in Nordsyrien inhaftierten IS-Kämpfer dürfte unter aktuellen
21 Umständen nicht garantiert sein. Mit seiner unverantwortlichen Politik hat
22 Präsident Trump die Kurdinnen und Kurden in Nordsyrien unmittelbar dem syrischen
23 Machthaber Baschar al-Assad in die Arme getrieben.

24 Bereits Anfang 2018 hatte die Türkei mit einer Militäroffensive in der Region
25 von Afrin völkerrechtswidrig gehandelt. Deutliche Worte fand die Bundesregierung
26 auch damals nicht; bis heute bleiben die unzähligen Menschenrechtsverbrechen in
27 den besetzten Gebieten weitestgehend unkommentiert. Auch innerhalb der NATO

28 blieb deutliche Kritik weitestgehend aus. Für Präsident Erdoğan muss das wie ein
29 „weiter so“ geklungen haben. Das geschieht nun.

30 Es ist nicht hinnehmbar, wenn NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg und auch
31 Außenminister Heiko Maas den erneuten völkerrechtswidrigen Einmarsch der Türkei
32 nun mit dem Verweis auf angebliche türkische Sicherheitsinteressen zumindest
33 relativieren. Wer suggeriert, der völkerrechtswidrige Einmarsch türkischer
34 Streitkräfte in Nordsyrien habe mit vermeintlichen Sicherheitsinteressen der
35 Türkei zu tun, stärkt Präsident Erdogan nur in seinem unverfrorenen Vorhaben,
36 einen eindeutigen Völkerrechtsbruch mit Artikel 51 der UN-Charta zu
37 rechtfertigen. Umso entscheidender ist es nun, zu verdeutlichen, dass die Türkei
38 für ihre Invasion keinen Beistand der NATO erwarten kann.

39 Derweil hat die türkische Regierung in Afrin eindeutig gezeigt, wie sie sich die
40 Zukunft für den gesamten Norden Syriens vorstellt. Die gesamte, vorwiegend
41 kurdische Bevölkerung wird durch systematische Menschenrechtsverbrechen gezielt
42 entmündigt und drangsaliert. Tagtäglich sind die Menschen in Afrin der Willkür
43 und Gewalt dubioser Milizen ausgeliefert, die nur unter dem Schutz des
44 türkischen Militärs so agieren können.

45 Mit dem Flüchtlingsdeal von 2016 hat sich die Europäische Union durch Erdoğan
46 erpressbar gemacht. Es ist richtig, die Türkei als Aufnahmeland mit der höchsten
47 Zahl syrischer Geflüchteter bei deren Versorgung und Unterbringung finanziell
48 umfassend zu unterstützen. Die Grundidee des Flüchtlingspaktes aber, im Gegenzug
49 jeden Geflüchteten, der die griechischen Inseln erreicht, in die Türkei
50 zurückzuschicken, ist asylrechtswidrig.

51 Seit Anfang 2018 wurden zudem Hermesbürgschaften für die Türkei im Wert von rund
52 2,6 Milliarden Euro gewährt. Und allein seit Beginn des Einmarsches in Afrin
53 wurden deutsche Kriegswaffen im Wert von mindestens 427 Millionen Euro an die
54 Türkei geliefert. Die Ankündigung der Bundesregierung, keine Genehmigungen für
55 alle Rüstungsgüter, die durch die Türkei in Syrien eingesetzt werden könnten, zu
56 erteilen, ist in diesem Zusammenhang völlig ungenügend, da sie sich nur auf
57 einen Teil der Rüstungsexporte bezieht und bereits genehmigte Lieferungen
58 fortlaufen sollen.

59 Vor diesem Hintergrund muss gerade auch die Bayerische Staatsregierung ihren
60 Beitrag zur Beilegung des militärischen Einsatzes der Türkei in Syrien leisten.
61 Bayern aber wird seiner besonderen politischen Verantwortung als größte
62 Waffenschmiede Deutschlands bisher in keiner Weise gerecht. Ganz im Gegenteil:
63 Keine andere Landesregierung agiert so massiv gegen restriktive
64 Rüstungsexportregelungen. Das kritiklose und offene Werben für Waffenverkäufe an
65 Kriegs- und Krisenstaaten droht, in völlig unverantwortlicher Weise zur
66 Verschärfung von Krisen beizutragen, wie sich nun erneut zeigt. Statt
67 abenteuerlicher außenpolitischer Alleingänge muss die Bayerische Staatsregierung

68 dazu beitragen, aus Deutschland einen Vorreiter ziviler Krisenprävention zu
69 machen.

70 Der Normalisierungskurs der Bundesregierung gegenüber Ankara ist gescheitert und
71 hat Präsident Erdogan in seinem autokratischen, anti-demokratischen Kurs nur
72 bestärkt. Die Bundesregierung hat viel zu lange kaum oder viel zu leise Kritik
73 an der zunehmend autokratischen und unberechenbaren Innen- und Außenpolitik der
74 türkischen Regierung geübt. Dieses laute Schweigen, auch zu Afrin im letzten
75 Jahr, es hallt nach und rächt sich nun erneut.

76 Wir GRÜNE stehen fest an der Seite aller Demokratinnen und Demokraten in der
77 Türkei. Von Bundes- und Landesregierung erwarten wir dasselbe – und deshalb
78 einen grundlegenden Kurswechsel im Umgang mit der türkischen Regierung.

79 **Wir GRÜNE fordern die Bundesregierung auf:**

- 80 • sich auf allen Ebenen für einen sofortigen Stopp des türkischen Angriffs
81 in Nordsyrien einzusetzen und den Einmarsch der Türkei in Syrien als
82 erneut völkerrechtswidrig zu verurteilen;
- 83 • auf einen umgehenden Waffenstillstand in der Region hinzuarbeiten;
- 84 • ausnahmslos alle deutschen Rüstungsexporte in die Türkei umgehend zu
85 stoppen und bereits erteilte Genehmigungen zu widerrufen;
- 86 • auch Pläne zur Beteiligung deutscher Unternehmen an Rüstungskonsortien zu
87 unterbinden und die Gesetzeslücke, die solche Vorhaben ermöglicht,
88 dringend zu schließen;
- 89 • die völkerrechtswidrige Intervention der Türkei auch innerhalb der NATO,
90 insbesondere im Nordatlantikat, auf die Tagesordnung zu setzen und zu
91 verdeutlichen, dass die Türkei für ihre völkerrechtswidrige Invasion
92 keinen Beistand der NATO erwarten kann;
- 93 • sich zugleich für ein Ende der Angriffe auf zivile Einrichtungen in der
94 Türkei einzusetzen;
- 95 • sicherzustellen, dass die durch deutsche Aufklärungsflüge im Rahmen der
96 Operation „Inherent Resolve“ über Syrien und dem Irak gewonnenen
97 Aufklärungsdaten nicht länger mit der türkischen Regierung geteilt werden,
98 die Verlängerung des Engagements der Bundeswehr bei der Operation
99 „Inherent Resolve“ zurückzunehmen und die Tornados aus Jordanien
100 abzuziehen;

- 101 • keine neuen Hermesbürgschaften zur Absicherung wirtschaftlicher
102 Aktivitäten in der Türkei mehr zu übernehmen und alle noch offenen Anträge
103 negativ zu bescheiden;

- 104 • den EU-Türkei-Flüchtlingsdeal von 2016 zu beenden, die europäische
105 Unterstützung zu unmittelbaren Gunsten der über drei Millionen Flüchtlinge
106 in der Türkei auf anderem Wege fortzuführen und Kontingente zur Entlastung
107 der dortigen Strukturen einzurichten;

- 108 • sich für eine diplomatische Offensive gegenüber der Türkei sowie
109 Vertreterinnen und Vertretern der kurdischen Bevölkerung in der Region
110 einzusetzen, um maximalen Druck für eine politische Lösung aufzubauen –
111 denn weder der kurdische Konflikt noch der schreckliche Krieg in Syrien
112 werden militärisch, sondern nur unter Einbeziehung der betroffenen Staaten
113 und Interessengruppen sowie unter Wahrung des Völkerrechts gelöst werden
114 können;

- 115 • mehr denn je eine klare Position für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und
116 Menschenrechte in der Türkei und in der Region einzunehmen sowie alles
117 politische Handeln konsequent auf die Unterstützung der vielen
118 demokratischen Kräfte in der Türkei auszurichten;

- 119 • dafür Sorge zu tragen, dass keine Verhandlungen über eine Ausweitung der
120 Zollunion eröffnet werden, solange die Türkei keine Kehrtwende zurück zu
121 Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vollzieht;

- 122 • sicherzustellen, dass europäische Heranführungshilfen ausschließlich an
123 gesellschaftliche, prodemokratische Organisationen ausgezahlt werden;

- 124 • sich vehement dafür einzusetzen, dass die EU-Beitrittsgespräche, die *de*
125 *facto* gerade auf Eis liegen, nicht vollständig abgebrochen werden, da
126 dieser Schritt das falsche Signal an die vielen demokratischen Kräfte in
127 der Türkei senden und die europäische Perspektive einer Türkei, die nach
128 dem Ende der Ära Erdoğan zu Demokratie und Menschenrechten zurückfindet,
129 endgültig beenden würde.

130 **Mit Blick auf die besondere Rolle des Bundeslandes Bayern im Rüstungsbereich**
131 **fordern wir GRÜNE die Bayerische Staatsregierung gesondert auf:**

- 132 • auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass die bestehenden
133 Rüstungsexportrichtlinien lückenlos umgesetzt werden und folglich keine
134 Ausfuhren von Rüstungs- oder Dual-Use-Gütern in Kriegs- und Krisenländer
135 sowie in Staaten mit problematischer Menschenrechtsslage mehr genehmigt
136 werden;

- 137 • alle Versuche, eine Sonderrolle in der deutschen Außenpolitik einzunehmen,
138 zu beenden;
- 139 • deutlich mehr Friedensforschung statt Militärforschung zu ermöglichen und
140 die gesellschaftliche Diskussion in Bayern über ethische Bedenken bei der
141 Vergabe öffentlicher Gelder für Militärforschung zu befördern;
- 142 • zu diesem Zweck die Annahme von Drittmittelprojekten für Militärforschung
143 an Hochschulen und Universitäten transparenter zu gestalten;
- 144 • bayerische Universitäten und Hochschulen zu unterstützen, damit diese sich
145 in freiwilligen Selbstverpflichtungen, sogenannten Zivilklauseln, zum
146 Verzicht auf rüstungsnahe Forschung bekennen;
- 147 • Zur Beratung und unabhängigen Bewertung sind Kommissionen nach dem Vorbild
148 der Ethikkommissionen in der Medizinforschung zu schaffen.

Unterstützer*innen

Margarete Bause (KV München-Stadt), Lisa Badum (KV Forchheim), Uwe Kekeritz (KV Neustadt/Aisch – Bad Windsheim), Eva Lettenbauer (KV Donau-Ries), Hep Monatzeder (KV München-Stadt), Melanie Hippke (KV Augsburg-Stadt), Dr. Volker Leib (KV München-Land), Heidi Terpoorten (KV Dillingen), Stephan Christoph (KV Regensburg-Stadt), Beppo Brem (KV München-Stadt), Gerrit Siegers (KV München-Stadt), Julian Georgi (KV München-Stadt), Ursula Harper (KV München-Stadt), Sandra Neubauer (KV Unterallgäu), Christian Hartranft (KV München-Stadt), Uwe Reimer (KV München-Stadt), Meike Thyssen (KV München-Stadt), Peter Heilrath (KV München-Stadt), Sabrina Koch (KV Augsburg-Stadt), Rita Keller (KV Augsburg-Stadt), Markus Schnitzler (KV Augsburg-Stadt), Paul Primbs (KV Augsburg-Stadt), Helga Mandl (KV Traunstein), Martin Erdmann (KV Landsberg), Monir Shahedi (KV Regensburg-Stadt), Theresa Eberlein (KV Regensburg-Stadt), Hedwig Borgmann (KV Landshut-Stadt), Christina Mader (KV Oberallgäu), Sebastian Hansen (KV Würzburg-Land), Anne Steuernagel (KV München-Stadt), Maximilian Retzer (KV Passau-Stadt), Vivien Knies (KV Augsburg-Stadt), Mirjam Körner (KV Regensburg-Stadt), Markus Koller (KV Regen), Johannes Jordan (KV Regen), Doris Wagner (KV München-Stadt), Barbara Epple (KV München-Stadt), Paula Sippl (KV München-Stadt), Katharina Wittig (KV München-Stadt), Lyn Faltin (KV München-Stadt), Carla Ober (KV Erlangen)